

Vorlage		Vorlage-Nr: FB 14/0153/WP18
Federführende Dienststelle: FB 14 - Fachbereich Rechnungsprüfung		Status: öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		Datum: 16.08.2023
		Verfasser/in: Frau Schulz, FB 14
Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.03.2023 - öffentlicher Teil		
Ziele: Klimarelevanz keine		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
14.09.2023	Rechnungsprüfungsausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Rechnungsprüfungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sitzung vom 30.03.2023 - öffentlicher Teil.

(Emmerich)

Finanzielle Auswirkungen

	JA	NEIN	
		x	

Weitere Erläuterungen (bei Bedarf):

Klimarelevanz

Bedeutung der Maßnahme für den Klimaschutz/Bedeutung der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung (in den freien Feldern ankreuzen)

Zur Relevanz der Maßnahme für den Klimaschutz

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
x			

Der Effekt auf die CO2-Emissionen ist:

<i>gering</i>	<i>mittel</i>	<i>groß</i>	<i>nicht ermittelbar</i>
x			

Zur Relevanz der Maßnahme für die Klimafolgenanpassung

Die Maßnahme hat folgende Relevanz:

<i>keine</i>	<i>positiv</i>	<i>negativ</i>	<i>nicht eindeutig</i>
x			

Erläuterungen:

keine

Anlage/n:

Niederschrift der Sitzung vom 30.03.2023 – öffentlicher Teil

N i e d e r s c h r i f t
Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

12. Juni 2023

Sitzungstermin:	Donnerstag, 30.03.2023
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:19 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal des Rates, Rathaus

Anwesende:

Ratsherr Tjark Zimmer

Ratsherr Boris Linden

Ratsfrau Ellen Begolli

Ratsfrau Silke Bergs

Herr Philip Cierniak

Vertretung für: Ratsfrau Sigrid Moselage

Herr Hans Peter Kehr

Ratsfrau Doris Kurschilgen

Ratsherr Hermann Josef Pilgram

Ratsfrau Dr. Margrethe Schmeer

Ratsherr Jöran Stettner

Ratsherr Jakob von Thenen

RPAU/11/WP18

Ausdruck vom: 12.06.2023

Seite: 1/17

Herr Ludger Eickholt
Herr Bernd Haase
Herr Jürgen Schmitz
Frau Dr. Christiane Michulitz

Abwesende:

Ratsfrau Sigrid Moselage	- entschuldigt -
Herr Rolf Kitt	- entschuldigt -
Herr Torsten Küppers	Abwesend
Herr Dr. Richard Sinning	Abwesend

von der Verwaltung:

Herr Eidams, FB 20
Herr Emmerich, FB 14
Frau Grehling, Dezernat II
Herr Kemperdick, FB 23
Frau Krause, FB 14
Herr Ludwig, FB 14
Frau Nadenau, FB 14
Herr Stärk, FB 14

als Schriftführer:

Frau Schulz, FB 14

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 **Eröffnung der Sitzung**

- 2 **Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 31.01.2023 - öffentlicher Teil**
Vorlage: FB 14/0136/WP18

- 3 **Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2021**
Vorlage: FB 14/0137/WP18

- 4 **Darstellung der Abteilung Datenschutz, Informations- und IT-Sicherheit mit ihren inhaltlichen Schwerpunkten**
Vorlage: FB 14/0138/WP18

- 5 **Bericht über die Tätigkeiten und Schwerpunkte der Geschäftsstelle Compliance**
Vorlage: FB 14/0139/WP18

- 6 **Jahresbericht 2022 über erfolgte IT-Prüfungen**
Vorlage: FB 14/0140/WP18

- 7 **Bericht über die Kennzahlenerreichung im laufenden Jahr**
Vorlage: FB 14/0142/WP18

Nichtöffentlicher Teil

- 1 **Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 31.01.2023 - nicht-öffentlicher Teil:**
Vorlage: FB 14/0141/WP18

- 2 **Nachbereitung von TOP NÖ 5 der Sitzung vom 08.12.2022 und TOP NÖ 4 der Sitzung vom 18.08.2022 zum Bericht über die Prüfung von Unregelmäßigkeiten im Aachener Stadtbetrieb (E 18) innerhalb des Bereiches Fuhrparkmanagement aufgrund einer Anzeige gem. § 7 Abs. 1 Rechnungsprüfungsordnung - RPO, hier: Prüfung der Handhabung der Vermarktungsplattform für nicht mehr benötigte Maschinen, Geräte und Fahrzeuge durch den Aachener Stadtbetrieb (E 18):**
Vorlage: FB 14/0143/WP18

- 3 **Nachbereitung von TOP NÖ 7 der Sitzung vom 08.12.2022 zum Bericht über die Identifizierung und Auswertung wesentlicher Kernprozesse der Stadtverwaltung als mögliche Vorstufe zur Implementierung eines ganzheitlichen Risikomanagementsystems auf der Basis der Umsetzungsprüfung eines IKS gem. § 104 Abs. 6 GO NRW:
Vorlage: FB 14/0144/WP18**

- 4 **Bericht über die Prüfung im Bereich der Mieten und Pachten beim Fachbereich Immobilienmanagement (FB 23), hier: Schwerpunkt privatrechtliche Miet- und Pachtverträge über die Nutzung unbebauter Grundstücke:
Vorlage: FB 14/0145/WP18**

- 5 **Bericht über die Prüfung der ordnungsgemäßen Durchführung von Wildverkäufen bei FB 36/600 (Gemeindeforstamt):
Vorlage: FB 14/0146/WP18**

- 6 **Sachstandsinformation über die Ausräumung der Feststellungen aus der Prüfung aus 2018 (vorgelegt dem Rechnungsprüfungsausschuss am 15.08.2018) über die Abwicklung der Ausgabe von Wohnberechtigungsscheinen im Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration (FB 56):
Vorlage: FB 14/0147/WP18**

- 7 **Bericht über die Prüfung der offenen Posten zum Stichtag 31.12.2022:
Vorlage: FB 14/0148/WP18**

- 8 **Streuung der Aufträge an freischaffende Architekten und Ingenieure im Haushaltsjahr 2022:
Vorlage: FB 14/0149/WP18**

- 9 **Sachstandsbericht zu den laufenden Arbeiten der Prüfer*innen:
Vorlage: FB 14/0150/WP18**

10 **Anträge:**

11 **Verschiedenes:**

12 **Mitteilungen der Verwaltung:**

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Vor Eintritt in die Tagesordnung prüft Herr Zimmer (Die Zukunft / VoltAachen) die Beschlussfähigkeit. Anwesend sind 8 Ratsfrauen und Ratsherren sowie 5 sachkundige Bürger*innen. Die Beschlussfähigkeit wurde somit festgestellt.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sondersitzung vom 31.01.2023 - öffentlicher Teil

Vorlage: FB 14/0136/WP18

Herr Zimmer (Die Zukunft / Volt Aachen) fragt nach Anmerkungen oder Änderungswünschen zur vorliegenden Niederschrift.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Einstimmiger Beschluss – 3 Enthaltungen:

Der Rechnungsprüfungsausschuss genehmigt die Niederschrift der Sondersitzung vom 31.01.2023 – öffentlicher Teil.

zu 3 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2021

Vorlage: FB 14/0137/WP18

Herr Zimmer (Die Zukunft/ Volt Aachen) übergibt das Wort an Herrn Emmerich (FB 14).

Herr Emmerich erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die Prüfungsgrundlage des Jahresabschlusses 2021, die Rechtsgrundlagen, das Prüfungsvorgehen sowie die Prüfungsfeststellungen zu einzelnen Bilanzpositionen.

Er beschreibt die Anwendung des NKF-Covid-Isolierungsgesetzes und dessen Auswirkungen. Er gibt einen Überblick über die umgesetzten Korrekturen im Prüfungszeitraum und die offenen Punkte. Das

RPAU/11/WP18

Ausdruck vom: 12.06.2023

Seite: 5/17

Prüfungsergebnis in der Ergebnisrechnung betrage 12.072.701,43 Euro, welches anteilig gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW der „Allgemeinen Rücklage“ zuzuführen sei. Der Beschlussentwurf sehe eine Zuführung des Ergebnisses von 8.000.000 Euro zur „Allgemeinen Rücklage“ und in Höhe der verbleibenden 4.072.701,43 Euro zur Ausgleichrücklage vor. Im Weiteren erläutert er Besonderheiten zu einzelnen Bilanzpositionen und herausragende Kennzahlen. Zum Abschluss stellt er fest, dass gemäß § 102 Abs. 8 GO NRW mit § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB die Prüfungen zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt habe und somit das Testat erstellt werden könne. In der Ratssitzung am 10. Mai werde der Jahresabschluss 2021 dem Rat zur Feststellung vorgelegt.

Herr Pilgram (Grüne) dankt Herrn Emmerich für die ausführliche Präsentation der Ergebnisse und dem gesamten Jahresabschlusssteam für die gute Arbeit. Bei der Durchsicht des Berichtes seien jedoch einige Fragen aufgeworfen worden. Er verweist auf die Seite 16 des Berichtes zur Anlagenbuchhaltung und fragt, warum die Verlagerung der operativen Anlagenbuchhaltung von FB 22 zu FB 20 noch nicht vollzogen worden sei. Weiter bezieht er sich auf die Seite 12 und bittet um Beantwortung, warum das Roll-out der eRechnung noch nicht für alle Fachbereiche durchgeführt worden sei. Auf der Seite 22 letzter Absatz Risikomanagement bzw. Risikofrüherkennung stehe...“ Organisationsverschulden durch unterlassene Regelungsvorgaben“. Er sehe dies als ein gutes Argument, den Prozess voranzutreiben. Im Weiteren bezieht er sich auf die Seite 46 des Berichtes und bittet um Erklärung, was hier „herausgenommen“ worden sei. Zu Seite 27 bittet er um weitere Erläuterung. Zum Abschluss fragt er nach den Vorbereitungen zur wirksamen Verwendung der ausgewiesenen 8 Mio. Euro aus der „Allgemeinen Rücklage“. Könne dies im Anschlussprogramm des E 26 einfließen?

Herr Emmerich (FB 14) geht auf die einzelnen Fragestellungen ein. Zur ersten Frage erläutert er, dass die Aufgaben zusätzlich durch FB 20 wahrgenommen werden. Als Zwischenschritt sei vereinbart worden, dass die Verbuchung der Straßenbaumaßnahmen und der investiven Zuwendungen an Dritte ab dem Jahresabschluss 2021 ohne entsprechende Personalkapazitäten zu schaffen, durch FB 20 alleine erfolge. Obwohl FB 11 bereits im Sommer 2022 mit der organisatorischen Umstrukturierung und dem personellen Ausgleich beauftragt worden sei, fand dieser bisher leider noch nicht statt. Zur Frage nach dem Rollout der eRechnung wird auf die Komplexität des Projekts hingewiesen. Das Projekt „Einführung der eRechnung“ wurde im März 2020 beendet. Der Roll-out der eRechnung in der gesamten Verwaltung werde als eigenes Projekt durchgeführt und sei im Zeitplan. Auf den Hinweis zum Organisationsverschulden merkt er an, dass dies etwas drohend klinge. Ein Organisationsverschulden läge jedoch nur bei grober Fahrlässigkeit vor. Da bereits erste Maßnahmen vorlägen, sei dies hier nicht gegeben. Notwendig sei allerdings nach wie vor eine zentrale Vorgabe zur einheitlichen Umsetzung und Steuerung.

Hier sei FB 11 in der Pflicht. Bezugnehmend auf die Frage bzgl. Seite 46 führt Herr Emmerich aus, dass die Verbuchung der Bareinlage an die Sega GmbH und die damit verbundene Zuschreibung weitere Abstimmungen notwendig gemacht hatten.

Frau Grehling (Dez. II) geht auf die Frage nach der Verwendung der 8 Mio. Euro ein. Sie führt aus, dass bei der Gewerbesteuer eine außerordentliche Situation vorgelegen habe. Sehr viele Begehrlichkeiten seien geweckt worden. Sie gibt zu bedenken, dass die Tarifgespräche im öffentlichen Dienst noch nicht abgeschlossen seien. Hier sei noch nicht klar, welche zusätzlichen Belastungen für den Haushalt zu erwarten seien. Im nächsten Lagebericht im Finanzausschuss werde sie konkreter sein können.

Herr von Thenen (CDU) drückt seinen Dank an Herrn Emmerich und ausdrücklich an das gesamte Jahresabschlussprüfungsteam aus. Er bezieht sich auf die Möglichkeit der Eliminierung der eventuellen 160 Mio. Euro im Jahr 2025. Er wirbt darum, dass der politische Wille gegeben sein solle, die finanzielle Lage und die Abschreibung der Bilanzsumme 0 für 2024 „enkeltauglich“ zu gestalten und für die kommende Generationen Sorge zu tragen.

Herr Schmitz (SPD) stimmt dem zu und fragt sich, wie man mit den „Rücklagen“ aus dem NKF-Covid-19 Isolierungsgesetz umgehen könne. Der Abschreibungszeitraum von 50 Jahren sei eine sehr lange Zeitspanne, die einige gar nicht mehr erleben würden.

Einstimmiger Beschluss:

1. Der Rechnungsprüfungsausschuss stellt auf der Basis des Prüfberichts des Fachbereichs Rechnungsprüfung und seiner eigenständigen Beratung in seinem Prüfungsergebnis vom 30.03.2023 (§ 102 Abs. 8 GO NRW i.V.m. § 322 HGB analog) fest, dass seine Prüfung zu keinen Einwendungen gegen den geprüften Jahresabschluss bzw. Lagebericht zum 31.12.2021 geführt hat. Der geprüfte Jahresabschluss 2021 wird einschließlich des beigefügten Lageberichtes nach § 59 Abs. 3 GO NRW vom Rechnungsprüfungsausschuss gebilligt.

Im beigefügten Prüfbericht erteilt die Leitung der örtlichen Rechnungsprüfung einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

2. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, den Jahresabschluss zum 31.12.2021 nach § 96 Abs. 1 GO NRW mit einer Bilanzsumme von 3.210.995.038,50 € festzustellen und das Ergebnis in Höhe von 12.072.701,43 € in einer Höhe von 8.000.000,00 € der Allgemeinen Rücklage und in Höhe der verbleibenden 4.072.701,43 € der Ausgleichsrücklage zuzuführen.
3. Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt, Frau Oberbürgermeisterin Sybille Keupen hinsichtlich des Jahresabschlusses zum 31.12.2021 gem. § 96 Abs.1 GO NRW Entlastung zu erteilen.

zu 4 Darstellung der Abteilung Datenschutz, Informations- und IT-Sicherheit mit ihren inhaltlichen Schwerpunkten

Vorlage: FB 14/0138/WP18

Herr Zimmer (Die Zukunft/ Volt Aachen) bittet Herrn Stärk (FB14/300) zu Wort.

Herr Stärk erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation die Organisationsstruktur der neuen Abteilung Datenschutz, Informations- und IT-Sicherheit (14/300), die seit 01.01.2023 dem Fachbereich Rechnungsprüfung zugeordnet ist. Im Weiteren gibt er Auskunft über die personelle Ausstattung und erläutert die Aufgabenstellungen in den Bereichen Datenschutz, Informationssicherheit und IT-Sicherheit. Zum Abschluss geht er auf die notwendigen Voraussetzungen für die erfolgreiche Arbeit der neuen Abteilung ein.

Herr Eickholt (Grüne) dankt Herrn Stärk für die ausführliche Darstellung. Er merkt an, dass er für die Umsetzung aller geplanten Aufgaben von einem Zeitrahmen von mindestens 20 Jahre ausgehe. Er frage sich, wie dies mit einer so geringen personellen Ausstattung umsetzbar sei. In Bezug auf die Erstellung einer Leitlinie zur Informationssicherheit, der Strukturanalyse, der Schutzbedarfsanalyse und Erstellung von Notfallplänen fragt er, ob man nicht auf Erfahrungen von anderen Kommunen zugreifen könne, um diese Prozesse zu verkürzen. Sei hier eine Vernetzung bereits gegeben? In Bezug auf den Datenschutz gibt er zu bedenken, dass dies auch eine Kontrolle ermögliche.

Herr Stärk (FB 14/300) verweist auf den guten Stellenwert des Datenschutzes in der Verwaltung. Er verstehe sich als Berater und nicht als Kontrolleur. Er könne auf die Unterstützung des Arbeitskreises AKISTA der StädteRegion Aachen und der regio iT zugreifen. Da die Stadtverwaltung nun mehr 6.000 Mitarbeitende zähle, müsse ein eigenes Informationsmanagementsystem erstellt werden. Er verweist auf den Arbeitskreis Datenschutz. Im Bereich Informationssicherheit könne man auf bestehende Netzwerke zugreifen. Frau Günther habe bereits einige Kontakte generiert.

Frau Begolli (Die Linke) dankt ebenfalls für den Vortrag. Sie sehe, dass alle Prozesse einer Schutzbedarfsanalyse unterzogen werden müssen. Sie befürworte auch den Austausch mit anderen Kommunen. Für die Erarbeitung der Notfallpläne sei die regio It verantwortlich, diese betreue auch andere Partner und sei im Thema. Sie fragt nach der geplanten Zeitschiene. Die personelle Ausstattung mit 4,5 VZ Äquivalenten sehe sie kritisch.

Herr Stärk (FB 14/300) zeigt sich guten Mutes. Der Start der Abteilung mit 4,5 MA sei ein guter Anfang. Die Zeit werde zeigen, ob eine weitere personelle Aufstockung notwendig sei. Gerne werde er in einem der nächsten Ausschüsse über den Stand der Umsetzung der genannten Zielsetzungen berichten.

Herr von Thenen (CDU) dankt für den Vortrag und schließt sich seinen Vorredner*innen an.

Einstimmiger Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Ausführungen zur Kenntnis.

zu 5 Bericht über die Tätigkeiten und Schwerpunkte der Geschäftsstelle Compliance

Vorlage: FB 14/0139/WP18

Herr Zimmer (Die Zukunft/Volt Aachen) bittet Herrn Emmerich (FB 14) zu Wort.

Herr Emmerich (FB 14) zeigt sich erfreut über die positive Resonanz in der Verwaltung zur eingerichteten Geschäftsstelle. Der Compliance-Tag am 8. Dezember 2022 für Verwaltung und Politik sei ein Erfolg gewesen. Weiter informiert er über den Stand des Hinweisgeberschutzgesetzes. Dies sei am Vormittag in den Vermittlungsausschuss zur Beratung gegeben worden. Durch die Plattform „vertraulich.de“ sei die Stadt Aachen bereits gut aufgestellt.

Frau Krause (Geschäftsstelle Compliance) dankt und geht kurz auf den Stand des Gesetzes zur Sicherung der Anonymität (Whistleblower) ein. Weiter berichtet sie von dem großen Interesse der Fachbereiche an dem Thema Compliance und dem Wunsch nach Schulungen.

Die bisherigen Rückmeldungen seien sehr positiv. Sie unterbreitet den Vorschlag, in Zusammenarbeit mit FB 30 einen Flyer für Mandatsträger*innen zum Thema Compliance zu entwickeln. Gerade für neue Mandatsträger*innen sei dies von Nutzen.

Herr Pilgram (Grüne) dankt für den Bericht. Dieser zeige auf, dass an dem Thema gearbeitet werde und alle relevanten Themen abgebildet seien. Er gibt zu bedenken, dass oft aus Unwissenheit falsch gehandelt werde. Er begrüßt den Vorschlag, das Thema weiter an die politischen Vertreter*innen heranzutragen und die Entwicklung eines Flyers dazu.

Frau Begolli (Die Linke) hebt hervor, dass sie es begrüßt, dass Compliance zum Schutz der Beschäftigten diene. Es gehe um die Sensibilisierung der Mitarbeitenden. Die Probleme und Herausforderungen nähmen ständig zu. Sie unterstütze den Vorschlag von Frau Krause, den „Schutz“ auch auf die Mandatsträger*innen auszuweiten und einen Informationsflyer zu entwickeln. Der Compliance-Tag war für sie ein wertvoller Impuls.

Einstimmiger Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt vom dem Bericht Kenntnis.

zu 6 Jahresbericht 2022 über erfolgte IT-Prüfungen

Vorlage: FB 14/0140/WP18

Herr Emmerich (FB 14) berichtet vom Abschluss der 2. Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarung mit weiteren 34 Kommunen aus dem Oberbergischen und Rhein-Sieg-Kreis. Im Haushaltsjahr 2023 werde die Begleitung bei der Umsetzung diverser Projekte aus dem Onlinezugangsgesetz (OZG) ein Schwerpunkt sein.

Herr Schmitz (SPD) merkt an, dass die Personalkosten der IT-Prüfer-Stellen in 2022 nicht gedeckt worden seien, obwohl eine Refinanzierung vorgesehen war. Im Weiteren bittet er um Auskunft, wie die Langzeitarchivierung im Stadtarchiv gewährleistet werde. Wie trage man der Langlebigkeit der Daten Rechnung?

Herr Emmerich (FB 14) verweist auf Seite 8 des Berichtes „Einführung digitales Stadtarchiv“ und sagt zu, hierzu weitere Informationen einzuholen. Er weist darauf hin, dass die gesetzlichen Vorgaben eingehalten werden.

Weiter führt er aus, dass die IT-Prüfer*innen auch Produktprüfer*innen seien und einen Teil der Personalkosten durch die Prüfung von Verwendungsnachweisen gedeckt werden konnten. Man sei abhängig von der Anmeldung von Programmen durch die regio iT, die Schwankungen unterliegen.

Einstimmiger Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt von dem Jahresbericht 2022 der IT-Prüfung Kenntnis.

zu 7 Bericht über die Kennzahlenerreichung im laufenden Jahr

Vorlage: FB 14/0142/WP18

Herr Emmerich (FB 14) weist darauf hin, dass ein Fehler bei der Kennzahl für die Erfüllungsquote der „Risikorientierten Prüfplanung“ vorliege. Hier seien 93% und nicht 18 % erreicht worden. 43 von 45 Prüfungen konnten durchgeführt werden. Die Prüfung des FB 63 werde in diesem Jahr nachgeholt. Weiter gibt er einen Ausblick auf das Haushaltsjahr 2023. Hier werden neben organisatorischen Änderungen (Umzug, Integration der Abteilung Datenschutz, Informations- und IT-Sicherheit, Aufbau einer zweiten Leitungsebene), inhaltliche Herausforderungen in der Betreuung und der Begleitung des Prozesses der Verwaltungssteuerung, in der Begleitung von wesentlichen Infrastrukturprojekten (Brücke Turmstraße, Interimsfeuerwache, u.a.) zu sehen sein. Daneben sind neben dem Jahresabschluss 2022 ebenfalls die Gesamtabschlüsse 2019 und voraussichtlich 2020 zu prüfen. Dabei werde man auf die Unterstützung der gpa zurückgreifen. Er gehe davon aus, dass der GA 2019 Ende Mai geprüft sei. Eventuell werde man eine Sondersitzung dazu einberufen.

Herr von Thenen (CDU) bezieht sich auf die Kennzahl „Fortbildungstage pro Mitarbeiter“. Die Zielvorgabe sei 5 Tage/MA. Erreicht wurden jedoch nur 3,8 Tage/MA. Hier sei Handlungsbedarf. Die Zielvorgabe solle erreicht werden.

Herr Emmerich (FB 14) stimmt dem zu und unterstreicht die Notwendigkeit der Qualifikation. Jedoch seien kaum Angebote adäquater Fortbildungen in spezifischen Themen vorhanden. Man versuche dies über Inhouse-Schulungen zu lösen.

Einstimmiger Beschluss:

Der Rechnungsprüfungsausschuss nimmt die Ausführungen des Fachbereiches Rechnungsprüfung zur Kenntnis.

Herr Zimmer (Die Zukunft/Volt Aachen) bedankt sich bei den Vertreter*innen aus Politik und Verwaltung. Er schließt die Sitzung um 19.19 Uhr.

Zimmer

Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses

Schulz

Schriftführerin

Gesehen:

Keupen

Oberbürgermeisterin